

Laudatio von Frau Präsidentin Knobloch anlässlich der Verleihung der Bernhard-Weiß-Medaille für Verständigung und Toleranz an Herrn Verteidigungsminister a.D. Dr. Peter Struck am 28. Oktober 2008

Sehr verehrter Herr Dr. Struck,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Verständigung und Toleranz sind Begriffe, die im politischen Diskurs häufig fallen. Immer dann, wenn Rechtsextremisten durch deutsche Städte stiefeln, immer dann, wenn sie ihre menschenverachtende Weltanschauung kundtun oder gar in die Tat umsetzen, werden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf den Plan gerufen, um an den Gedanken der Verständigung und der Toleranz zu appellieren.

Zu Recht, denn eine Gesellschaft, die Unterschiede nicht aushalten kann, ist zum Scheitern verurteilt. Demokratie bedeutet, Einheit in Vielfalt zu leben. Gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft zur friedlichen Konfliktlösung gehören da dazu.

Und dennoch: Es ist ein Leichtes, Verständigung und Toleranz mit Worten einzufordern. Schwierig wird es, wenn es darum geht, diesen Anspruch auch zu verwirklichen. Und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen beides eine echte Chance hat.

Sie – verehrter Herr Dr. Struck – haben sich dieser Herausforderung gestellt. Als SPD-Fraktionsvorsitzender und als ehemaliger Verteidigungsminister haben Sie ihre demokratische Gesinnung nicht nur mit Worten bezeugt, sondern in Ihrem Handeln gelebt.

Sie sind ein Mann der Tat.

Einer der weiß, dass Sonntagsreden nicht reichen, um den Ewiggestrigen Paroli zu bieten.

Einer, der Entscheidungen fällt, wo andere lamentieren.

Einer, der sich nicht scheut, Anliegen durchzusetzen, die umstritten sind.

Ja, einer, der Konflikten nicht aus dem Weg geht, wenn demokratische Grundwerte zur Disposition stehen und gegen Antisemitismus verteidigt werden müssen.

Es ist mir deshalb Ehre und Freude zugleich, Sie heute anlässlich Ihrer Auszeichnung mit der Bernhard-Weiß-Medaille durch den Bund jüdischer Soldaten würdigen zu dürfen.

Meine Damen und Herren,

vielleicht wissen Sie, dass mein Vater als stolzer deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ins Feld gezogen ist, um sein bedrängtes Vaterland zu schützen.

Er folgte – wie Tausende andere jüdische Soldaten dem Aufruf – ich zitiere: „Alle Deutschen müssen ihre Pflicht tun, aber die deutschen Juden müssen mehr als ihre Pflicht tun.“ Zitat Ende.

Die deutschen Juden müssen mehr als ihre Pflicht tun. So lautete die diskriminierende Forderung.

Vielleicht hat der ein oder andere jüdische Soldat seine Pflicht deshalb so ernst genommen wie jener Feldrabbiner, der im Jahre 1918 schrieb – ich zitiere noch einmal:

„Um nichts Halbes, das fühlen wir alle, geht's in diesem Kriege, sondern um etwas Ganzes, um ein ganz großes Glück oder ein ganz großes Unglück. Das ist das Gewaltige, und ich will es ruhig aussprechen, auch das Schöne an diesem Krieg! Ja, auch ein Krieg kann schön sein. Ein Krieg, der so begonnen, so aufgenommen wurde, der ist schön trotz aller Schrecken.“ Zitat Ende.

In der Tat – aus diesen Worten spricht mehr als der allgemeine Hurra-Patriotismus. In Ihnen steckte der Wunsch der deutschen Juden endlich als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft akzeptiert und vorurteilsfrei angenommen zu werden. Dieser Krieg war – so hofften viele – eine Chance, durch militärisches Engagement und Tapferkeit den Stand der deutschen Juden in der Gesellschaft zu verbessern, ja endlich die volle Gleichberechtigung zu erlangen.

Meine Damen und Herren,
sie hofften vergeblich.
Denn die ersehnte Anerkennung ist ausgeblieben.

100.000 jüdische Männer haben im Heer und in der Luftwaffe gedient, 80.000 von ihnen an der Front, 12.000 sind gefallen. Deutsche Juden stellten einen ebenso hohen Anteil an Frontsoldaten wie die nichtjüdische Bevölkerung. Die meisten von ihnen haben sich freiwillig zum Dienst an der Waffe gemeldet. So wie der 13jährige jüdische Jugendliche Joseph Zippes, der sich – ein Kind noch – unerkannt unter die Soldaten gemischt hat, um für sein Land kämpfen zu können.

Umsonst.

Der „Geist von 1914“, der alle Deutschen – egal welcher Religion, Partei oder Geisteshaltung – zusammenschweißte, dieser Geist verschwand als der Krieg andauerte und sein Schrecken auf die Menschen zu wirken begann. Er wurde – so hat es Hauptmann Michael Berger in seinem Buch treffend beschrieben – aufgesogen vom Elend des Schützengrabens mit seinen Toten und Verwundeten.

Mit Blick auf die Erkenntnis, dass dieser Krieg in eine nationale Katastrophe münden würde, kamen alte Vorurteile plötzlich wieder zum Vorschein: In Offizierskasinos waren antisemitische Agitationen an der Tagesordnung. Jüdische Soldaten wurden beleidigt und mit der Dolchstoßlegende diffamiert. Im Jahre 1916 wurde gar eine so genannte Judenzählung durchgeführt, um zu prüfen, ob sich jüdische Männer um den Heeresdienst drücken. Diese diskriminierende Maßnahme war ein Schlag ins Gesicht des patriotischen deutschen Judentums. Daran konnten selbst die höchsten militärischen Auszeichnungen nichts ändern.

Diese Situation verschärfte sich, nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren. Der Volkstrauertag, der ins Leben gerufen wurde, um die Gefallenen des Ersten Weltkriegs zu ehren und ihrer als Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken, wurde jetzt für Propagandazwecke instrumentalisiert: Von 1933 an wurde nicht mehr vom „Volkstrauertag“, sondern vom „Heldengedenktag“ gesprochen. Die jüdischen Soldaten, die für ihr Land gefallen waren, wurden dabei aus dem Gedenken ausgeschlossen.

Denn ein Jude – ein Bürger zweiter Klasse – war weder Deutscher, noch Held. Dass sich Juden mit ihrem Land identifizierten und tapfer in der deutschen Armee kämpften, passte einfach nicht in das Propagandabild, das die Nazis zeichneten: Juden? Das waren feige, schwächliche Drückeberger – weder fähig, noch würdig für Deutschland zu kämpfen.

So wurden während des Novemberpogroms im Jahre 1938 systematisch jene Tafeln in den Synagogen zerstört, mit denen der Gefallenen des Ersten Weltkriegs gedacht wurde. Aus Soldatendenkmälern wurden die Namen der jüdischen Gefallenen gemeißelt – und Grabsteine mit Davidsternen wurden von deutschen Soldatenfriedhöfen entfernt. Der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ musste seine Arbeit einstellen.

Je länger das Nazi-Regime existierte, je lebensbedrohlicher die Lage für die deutschen Juden wurde, desto mehr mussten sich die jüdischen Soldaten des Ersten Weltkriegs widerlegt, gedemütigt und betrogen fühlen – betrogen um die eigene Biographie.

Meine Damen und Herren,
diese Enttäuschung können wir heute nicht wieder gut machen.

Das ist aber auch gar nicht der Anspruch des Bunds jüdischer Soldaten, der heute die Bernhard-Weiß-Medaille für Verständigung und Toleranz an Herrn Dr. Peter Struck verleiht.

Sein Anspruch besteht vielmehr darin, das Andenken an diese jüdischen Soldaten zu bewahren und sie symbolisch in unsere Gesellschaft zurückzuholen.

Der Bund jüdischer Soldaten will ihnen mit seinem Engagement geben, wofür sie umsonst ins Feld gezogen sind: Aufrichtige Anerkennung.

Denn ihr mutiger, tapferer Einsatz für das Land, das sie geliebt haben – unerwidert geliebt haben – hat diese Würdigung verdient.

Sie – sehr geehrter Herr Dr. Struck – haben als Verteidigungsminister alles in Ihrer Kraft stehende getan, um die Belange jüdischer Soldaten in der Bundeswehr zu unterstützen. Die Pflege des Andenkens an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Kameraden gehört da dazu.

Und mit der ist es schlichtweg nicht vereinbar, Jagdgeschwader oder andere Bundeswehreinrichtungen nach Personen zu benennen, die nachweislich mit den Nationalsozialisten sympathisierten und kollaborierten. Denn das ist ein Hohn für die jüdischen Soldaten des Ersten Weltkriegs wie für diejenigen jüdischen Bürger, die heute an deutscher Waffe dienen. Das Vertrauen, dass sie diesem Land entgegenbringen – die Bereitschaft, ihr Leben für die Sicherheit Deutschlands zu riskieren – darf nicht geringgeschätzt werden, indem Wehrmachtgrößen als Namensstifter herangezogen werden.

Sie – Herr Dr. Struck – haben das erkannt und alle belasteten Namen aus der Bundeswehr entfernen lassen. Ich erinnere nur an das Jagdgeschwader 74 in Neuburg an der Donau, das nach dem Wehrmachtssoldaten Werner Mölders benannt war, bis Herr Dr. Struck diesem unerträglichen Zustand ein Ende bereitet hat.

Ich bin mir sehr bewusst – Herr Dr. Struck – dass Sie diese Entscheidung viel Kraft gekostet hat. Dutzende Bundeswehrgeneräle haben damals gegen Ihren Beschluss protestiert. Sie haben sich damit also nicht nur Freunde gemacht. Doch ein altes Sprichwort sagt, „viel Feind, viel Ehr“ und diese gebührt Ihnen für Ihre Geradlinigkeit, Ihren aufrechten Charakter und ihre demokratische Gesinnung, die Sie damals gegen den Widerstand vieler namhafter Bundeswehrangehöriger behauptet haben.

Wenn also Deutschland heute über eine Armee verfügt, die sich an den Grundsätzen der inneren Führung, am Leitbild des Staatsbürgers in Uniform orientiert, dann deshalb, weil Herr Dr. Struck den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufgelöst hat mit seinem Nein zum Namen Werner Mölders.

Dafür sind wir ihm von Herzen dankbar.

Ebenso wie für seine Courage, als es darum ging, General Günzel aus dem aktiven Dienst in der Bundeswehr zu entfernen.

Es kommt nicht häufig vor, dass Politiker so konkret – mit Taten – zeigen, dass Rechtsradikale in der Armee eines demokratischen Landes nichts verloren haben. Herr Dr. Struck hat damals betont, dass die Versetzung Günzels in den Ruhestand keine ehrenhafte Entlassung ist und so deutlich gemacht, dass Antisemiten keine Ehre gebührt. Ja, dass es nicht reicht, ein hochdekorierter Soldat zu sein. Sondern dass zum Generalsein ein demokratisches Berufsethos unbedingt dazugehört. Die jüdische Gemeinschaft hat Peter Strucks konsequente Haltung in der Causa Günzel nicht vergessen. Wir zollen ihm dafür unsere Hochachtung.

Meine Damen und Herren,

dass Peter Struck ein echter Freund der jüdischen Gemeinschaft ist, zeigt sich auch an seiner unerbittlichen Haltung gegenüber der NPD.

Der braune Schlägertrupp, der sich Partei nennt und sich mit so genannten Schulhof-CDs an Kinder heranpirscht, um sie mit ihrem menschenverachtenden Gedankengut zu infiltrieren, hätte verboten werden müssen.

Ich bedauere, dass man sich dazu entschieden hat, kein neuerliches Verbotsverfahren einzuleiten.

Und ich finde es unerträglich, dass die NPD nach wie vor 1,2 Millionen Euro jährlich aus der staatlichen Parteienfinanzierung kassiert, während an anderer Stelle die Gelder für Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit knapp sind.

Die NPD war und ist eine Partei, die diesen Staat und das Grundgesetz verachtet. Sie macht ihn lächerlich und beutet ihn über die Wahlkampfkostenerstattung aus. Sie vergiftet die Gesellschaft mit Fremdenfeindlichkeit und schlecht kaschiertem Antisemitismus.

Dabei bin ich mir sehr bewusst, dass ein Verbot der Partei allein nicht ausreicht, um den Neonazis das Wasser abzugraben. Wir haben die Verpflichtung, uns mit den dümmlichen – aber eben sehr gefährlichen – Argumenten der NPD auseinanderzusetzen.

In vielen Teilen Deutschlands jedoch haben die Neonazis die Jugendarbeit und die Schulhöfe fest im Griff.

Der Satz, man müsse die Rechten „politisch bekämpfen“ erweist sich dort schon seit langer Zeit als Leerformel. Politische Bekämpfung beginnt mit der Nennung der Tatsachen beim Namen, beginnt damit, Verfassungsfeinde als solche kenntlich und unwählbar zu machen.

Sie – Herr Dr. Struck – haben das getan.

Klar und deutlich haben Sie gesagt, dass dieser braune Laden Gewalt praktiziert als Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Klar und deutlich haben Sie diese Partei als verfassungswidrig bezeichnet und als Jurist wissen Sie, wovon Sie sprechen.

Dabei haben Sie sich nicht gescheut, selbst in der eigenen Partei Konflikte einzugehen, denn nicht jeder teilte Ihre Position.

Wenn auch heute ein neuerliches Verbotsverfahren in die Ferne gerückt ist, so hat uns Peter Strucks Haltung doch gezeigt, dass es hierzulande Demokraten gibt, die fest auf unserer Seite stehen.

Menschen wie Peter Struck geben uns Hoffnung.

Sie signalisieren uns, dass unsere Entscheidung richtig ist, hier neue Gemeindezentren und Synagogen zu errichten.

Peter Struck vermittelt uns das Gefühl, in Deutschland nicht nur toleriert, sondern auch respektiert zu werden.

Denn sein Einsatz für jüdische Interessen – egal ob militärische oder zivile – bedeutet eine Wertschätzung des jüdischen Beitrags zu diesem Land. Und die erfahren wir – leider – nicht allzu oft.

Auch dafür – sehr verehrter Herr Dr. Struck – möchte ich Ihnen herzlich danken.

Meine Damen und Herren,

Herr Dr. Struck zeichnet sich außerdem durch eine Weitsicht aus, die ihresgleichen sucht. Schon im Jahr 2002 hat er darauf hingewiesen, dass die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird. Dort wo sich islamistische Terroristen zusammenrotten, um sich auf den Kampf gegen freiheitliche Grundwerte vorzubereiten. Schon damals hat Peter Struck von der Privatisierung der Gewalt gesprochen.

Eine Bedrohung, von der die jüdische Gemeinschaft ganz besonders betroffen ist – in Deutschland wie in Israel, wo Terroristen das staatliche Gewaltmonopol unterwandern und damit die Bedrohungslage unberechenbar machen.

Als Verteidigungsminister haben Sie sich, Herr Dr. Struck, durch ein Gespür für die Gefahren unserer Zeit ausgezeichnet. Diese betreffen unsere Gesellschaft insgesamt, aber vor allem die jüdische Gemeinschaft. Denn ihr Wohlergehen hängt ganz besonders ab von einer tief verwurzelten Überzeugung in Pluralismus und Demokratie. Doch gerade diese Werte stehen im Fadenkreuz islamistischer Terroristen.

Wir sind – leider – noch weit davon entfernt, jüdisches Leben, sei es in Deutschland, oder andernorts, als selbstverständlich bezeichnen zu dürfen. Aber so lange wir echte Freunde auf unserer Seite wissen – so lange es Menschen gibt wie Peter Struck – weiß ich, dass wir zuversichtlich sein dürfen. Denn all jene, die sich gegen den Gedanken der Verständigung und Toleranz richten, haben in Peter Struck einen unerbittlichen Gegner.

Für seine Verdienste um die Interessen jüdischer Soldaten, wie der jüdischen Gemeinschaft insgesamt verleihen wir ihm heute die Bernhard-Weiß-Medaille des Bunds jüdischer Soldaten.

Als Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, aber auch ganz persönlich, darf ich Ihnen, Herr Dr. Struck, jetzt von Herzen zu dieser Auszeichnung gratulieren.